

linksdruck

Ländlicher Raum

Wortwahl



Anwärter für das Unwort des Jahres könnten Versteppung, Verblödung und Entleerung sein.

So wird zunehmend der ländliche Raum Brandenburgs charakterisiert. Wissenschaftler warnen: "Abwanderung, fehlendes Humankapital, Arbeitslosigkeit und Niedergang der Infrastruktur bereiten kommunal- und landespolitischen Akteuren zunehmend Kopfzerbrechen."

Die PDS fordert die Umsetzung der in der Verfassung festgeschriebenen "Strukturförderung der Regionen mit dem Ziel, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten" (Artikel 44 der Landesverfassung). Mit den Leitlinien der PDS für eine integrierte Entwicklung des ländlichen Raums in Brandenburg existiert dafür ein tragfähiges Konzept.



In diesem Heft:

<i>Globalisierung und Regionalisierung</i>	Seite 3
<i>Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung</i>	Seite 4
<i>Finanzierung und Förderung</i>	Seite 5
<i>Wirtschaft</i>	Seite 6
<i>Bildung</i>	Seite 7
<i>Infrastruktur, Dienstleistungen</i>	Seite 8
<i>Umweltschutz und Tourismus</i>	Seite 9
<i>Landwirtschaft</i>	Seite 10
<i>Nachwachsende Rohstoffe</i>	Seite 11
<i>Forstwirtschaft</i>	Seite 12
<i>Jagd</i>	Seite 13
<i>Leitlinien für den ländlichen Raum</i>	Seite 14

Die Leitlinien der PDS für eine integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes in Brandenburg können bei der Geschäftsstelle der Fraktion bestellt werden und sind im Internet abrufbar:

http://www.brandenburg.de/pds_fraktion/themen/laendlicher_raum/index.htm

Das linksdruck Magazin wird von der Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Am Havelblick 8

14473 Potsdam

Tel.: 0331 9661501

Fax: 0331 9661505

E-Mail:

geschaeftsstelle@lt-pds-fraktion.brandenburg.de

www.brandenburg.de/fraktion_pds

Autoren: Kornelia Wehlan, Dr. Sabine Vogt,

Pete Heuer

Redakteure:

Alrun Nüßlein, Klaus-Peter Krüger

Fotos - Fraktion.

Redaktionsschluss: 01. 03. 2004

V.i.S.d.P.: Heinz Vietze,

Parlamentarischer Geschäftsführer

Vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Probleme und der "Wende" in der Agrarwirtschaft rückt der ländliche Raum wieder verstärkt in den Mittelpunkt politischer Betrachtung. Brandenburg ist überwiegend ländlich geprägt. Das Land verfügt über einen großen Wasser- und Waldreichtum und ein deutschlandweit einzigartiges Großschutzgebietssystem. Zwischen der Metropole Berlin und dem überwiegend ländlich geprägten Brandenburg besteht ein Kontrast, der in Deutschland ohne Beispiel ist.

Die strukturschwachen ländlichen Regionen in Brandenburg laufen Gefahr, weiter zurückzufallen. Eine Politik der Verfestigung einer dauerhaft rückständigen Region kann nicht akzeptiert werden. So geht mit der Vernachlässigung des Aufholprozesses Ost eine Destrukturierung des ländlichen Raums vonstatten, die durch zunehmende Arbeitslosigkeit, eine ununterbrochene Abwanderung junger Arbeitskräfte, eine Verschlechterung im Angebot der Versorgungsstrukturen auch bezüglich der Verkehrsverbindungen und der sozialen Infrastruktur bis hin zu einem zunehmenden Leerstand im Altbaubestand von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gekennzeichnet ist. Die Gewährleistung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse ist jedoch Verfassungsauftrag auch im ländlichen Raum. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist eine angepasste Finanzausstattung der Gemeinden unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Steueraufkommens. Die Erhöhung der Attraktivität von kleineren Gemeinden und Ortsteilen muss zu einem vorrangigen Schwerpunkt der Regionalpolitik werden, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Funktion als Wohnort, sondern auch im Hinblick auf ein lebendiges Gemeinwesen.

Der Mensch lebt letztlich dort, wo er in seinem Umfeld Arbeit findet. In strukturschwachen Gebieten müssen Arbeitsplätze gerade im nichtlandwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden. Dazu ist auf eine Weiterentwicklung und bessere Ausgestaltung der EU-, Bund- und Länderfinanzierungsmöglichkeiten besonderes Augenmerk zu richten. Die Praxis sieht aber oftmals anders aus. So wurde mit



der Förderung auch Augenwischerei betrieben, die großen Investoren genutzt hat, aber sich für Kommunen und Bürger als hohe finanzielle Belastung darstellen - so z.B. durch den Bau überdimensionierter zentraler Abwasseranlagen oder Gewerbegebiete. Auch in der Landwirtschaft wurden Problemlösungen wie z.B. die Förderung des spezifischen ländlichen Tourismus nicht nachhaltig konzipiert. Mittel für den Naturschutz wurden und werden erheblich gekürzt.

Die viel zitierte "Agrarwende" muss auf nachhaltige Konzepte ausgerichtet sein, die für Unternehmen im ländlichen Raum ökonomisch sinnvoll und effizient sind, im Einklang mit der Natur stehen und vor allem sozial orientiert sind. Eine Kehrtwende zu bäuerlicher Arbeit wie in Urgroßmutters Zeiten lehnen wir ab.

*Kornelia Wehlan
Sprecherin für Agrarwirtschaft
und ländliche Entwicklung*

Regionalisierung und Globalisierung

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist untrennbar mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, sowohl innerhalb Deutschlands, der EU und den Vorgaben aus Brüssel sowie der internationalen Situation verbunden.



Die verfehlte Spar- und Umverteilungspolitik der Bundesregierung wird besonders am Ausbluten der Kommunen und der Vernichtung von Arbeitsplätzen sichtbar. Die Schröder-Regierung setzt auf Globalisierung, Liberalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Entsozialisierung und begründet ihren Kurs mit der hohen Staatsverschuldung. Nach einer wirtschafts- und finanzpolitischen Analyse ist die **Finanzkrise des Staates** jedoch keineswegs auf explodierende Ausgaben zurückzuführen, sondern ausschließlich auf den Einbruch der Steuereinnahmen. „Diese Steuerausfälle sind auf die verfehlte Finanzpolitik mit ihren Steuererlassen an große Unternehmen und gleichzeitigen Ausgabekürzungen insbesondere im Sozialbereich zurückzuführen.“ Die meisten Probleme des ländlichen Raumes sind deshalb nicht lokal begrenzt, sondern aufgrund ihrer Abhängigkeit von den gesellschafts-, wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nur be-

dingt auf der Ebene der Landespolitik lösbar.

Globalisierung und Regionalisierung stellen keine unlösbaren Gegensätze dar und sind nicht voneinander zu

trennen. Beide Prozesse stehen miteinander in einem Verhältnis, dass gestaltet werden kann und muss. Beschäftigung, Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe in den Regionen zu sichern, sowie regionale Absatzmöglichkeiten für Produkte und Dienstleistungen zu vertiefen, heißt nicht, dass die exportorientierte Produktion vernachlässigt werden soll. Vielmehr betrachtet die PDS die zunehmende internationale Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften, die auch vor der Agrarwirtschaft nicht halt macht, als objektiven Prozess der Produktivkraftentwicklung. Eine Politik für die Regionen kann jedoch einen Ausgleich bzw. ein Gegengewicht zu den negativen Auswirkungen der Globalisierung schaffen.

Um eine Umkehr zu erreichen, müssten hier zumindest ein Teil der weggebrochene Kapazitäten und Leistungsfelder zur Eigenversorgung wieder aufgebaut werden. Nicht nur das, es müsste gleichzeitig mit Blick

auf den privaten Konsum und die industrielle Nachfrage in der Großregion Berlin-Brandenburg die wirtschaftliche Kette vom Ende her gedacht, „geplant“ und umgesetzt werden.

Bislang wird immer noch von einer nachholenden Modernisierung ländlicher Räume ausgegangen. Leben und Arbeit in den ländlichen Räumen erfordern jedoch die Einheit von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung. Deshalb setzt sich die PDS für eine **integrierte ländliche Entwicklungspolitik** ein, bei der solche Politikfelder, wie Agrarpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Umweltpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wissenschafts-, Kultur- und Gesundheitspolitik u.a.m. weitaus enger zusammenwirken. Eine sozial-ökologische Politik ist nur gegen den zunehmenden neoliberalen und von Sozialabbau geprägten politischen Zeitgeist möglich.

Bei dem **Leitbild der dezentralen Konzentration** geht es im Kern darum, vor allem die strukturschwache Peripherie zu unterstützen, um die Kluft zum „Speckgürtel“ um Berlin nicht zu groß werden zu lassen. Es geht darum, auch hier dauerhafte Arbeitsplätze und eine angemessene Infrastruktur in einer attraktiven Umwelt zu schaffen. Wer das Konzept der Schaffung landesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse aufgibt, gibt die benachteiligten Regionen und damit das Ziel einer ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Bereichen auf. Wenn Abwanderung und Verarmung ganzer Landstriche nicht verhindert werden können, so ist das ein Zeichen falscher Wirtschafts- und Sozialpolitik. Fördermittel müssen zielgenauer eingesetzt werden, die örtlichen Akteure und die Bevölkerung besser einbezogen und der Prozess der Umsetzung und Etablierung arbeitsmarktpolitischer und Regionalinitiativen besser betreut und genauer kontrolliert werden.

Die Ziele der Entwicklung im ländlichen Raum können unter dem Begriff nachhaltige Entwicklung zusammengefasst werden und betreffen:

- Leistungsfähige und nachhaltig wirtschaftende Agrar-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe,
- Sichere und einkommensstarke Arbeitsplätze,
- Leistungs- und bedarfsgerechte Infrastruktur (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Telekommunikation, Bildung, Kultur, Soziales),
- Attraktive Wohnbedingungen und naturnahes Wohnumfeld,
- Hoher Umwelt-, Freizeit- und Kulturstandard,
- Erhaltung einer ausgewogenen sozialen und demografischen Struktur,
- Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements und Gemeinsinns



Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung

Ein Drittel der brandenburgischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der 96 Prozent der Landesfläche einnimmt. In den 1.400 Dörfern und kleinen Städten Brandenburgs leben 900.000 Menschen. Bei den rund 7.000 landwirtschaftlichen Betrieben sind 38.000 Menschen (im Haupt- und Nebenerwerb) beschäftigt. Die Mehrzahl aller ehemals Beschäftigten im ländlichen Raum ist aus der Landwirtschaft ausgeschieden. Unter den Ausgeschiedenen ist die Frauenquote mit fast zwei Drittel besonders hoch.

In der Bevölkerungsentwicklung zeichnet sich seit 1990 zwischen Berliner Umland und äußerem Entwicklungsraum ein gegenläufiger Trend ab:

em Entwicklungsraum ein gegenläufiger Trend ab:

- So sind zwischen 1990 und 2000 Einwohnerzuwächse für das Berliner Umland von 150.000 mit einem Potenzial zur Verdopplung in den nächsten 10 Jahren zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr haben ca. 64.000

Brandenburger (zum Vergleich die Stadt Frankfurt/Oder zählt rd. 70.000 Einwohner) ihren Wohnsitz verlegt, davon die Hälfte in die alten Bundesländer und weitere 22.000 nach Berlin. Die Zahl der Zuzüge aus Berlin in den Speckgürtel umfasst rd. 32.000. Dies hat zur Folge, dass im äußeren Entwicklungsraum eine um 15 % gesunkene Einwohnerzahl zu verzeichnen ist. Dieser Trend wird sich fortsetzen und künftig noch stärker von den altersbedingten demografischen Veränderungen beeinflusst sein. Wanderungsverluste haben am Bevölkerungsrückgang einen Anteil von 27 Prozent.

- Der dramatische Geburtenrückgang zeigt spürbare Auswirkungen bereits in den nächsten Jahren: Derzeit gibt es noch mehr als 262.000 14- bis 20jährige in Brandenburg. Im Jahr 2007 werden es Prognosen zufolge nur noch 192.000 sein.

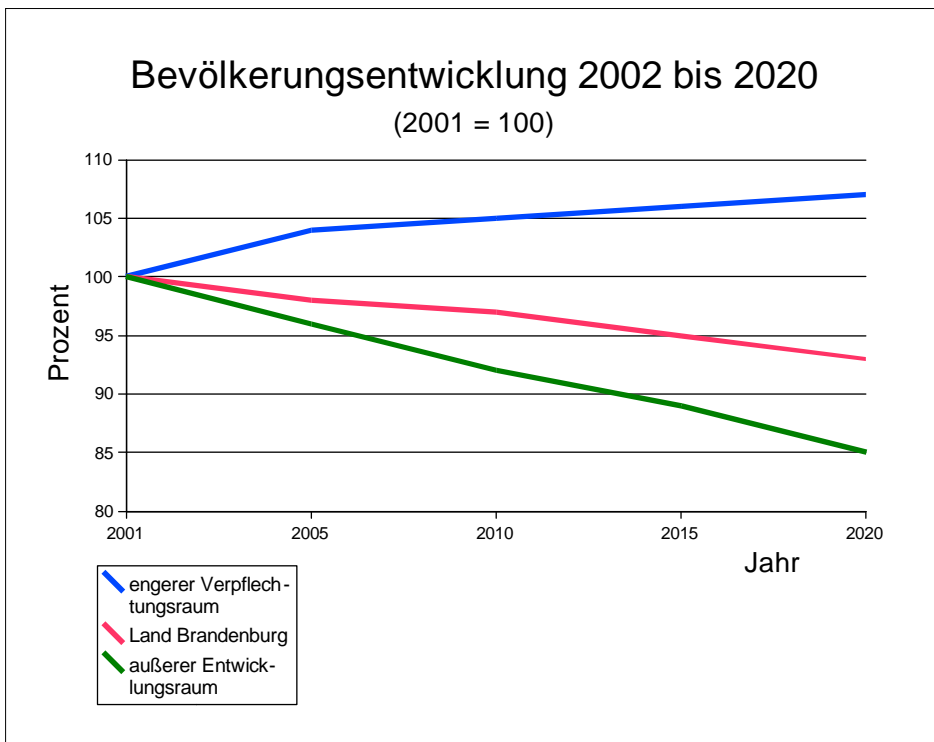
Der Einwohnerrückgang im ländlichen Raum hat Veränderungen in der Infrastruktur, Siedlungsentwicklung und in den Steuereinnahmen zur Folge:

- In den ländlichen Gebieten gibt es einen **Wohnungsleerstand** zwischen 7 und 20%. Der Durchschnitt liegt deutlich über 10%. Etwa 6.000 Wohnungen - insbesondere in den Plattenbauten - stehen auf dem Lande leer. Einzelne Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften sind daher und wegen teilweise hoher Schulden mit großen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert.

- Der Rückgang der Kinder- und Schülerzahlen (Reduzierung um ca. 50%) hat Konsequenzen für das Schulnetz (Schließung von Schulstandorten bei fehlenden Nachnutzungskonzepten für die Schulgebäude), aber auch Kürzungen bei Kindertagesstätten, bei der Jugend- und Frauenförderung sowie der Schulbildung zur Folge.

- Der Anteil der **älteren Bewohner** steigt an; diese Bevölkerungsgruppe hat eine geringe Mobilität; die Infrastruktur im ländlichen Raum ist auf diese Bevölkerungsgruppe noch nicht ausgerichtet.

- Konzentrationstendenzen im Einzelhandel, bei Dienstleistern wie Post,



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg <http://www.lds-bb/sixcms/detail.php/14845>

Ärzten etc. haben eine sinkende Flächenversorgung zur Folge.

■ Bei der technischen Infrastruktur führt der Bevölkerungsrückgang tendenziell zu Bedarfsrückgängen bzw. Kapazitätsüberschüssen, die vorhandenen technischen Systeme sind nicht auf eine Flexibilisierung im Bedarf oder bei den Kapazitäten ausgerichtet (Folge: gleiche oder höhere Kosten bei geringerer Nutzerzahl).

Finanzierung und Förderung

Der Handlungsrahmen für die ländliche Entwicklung wird sowohl durch politische und finanzielle Vorgaben auf europäischer und nationaler Ebene als auch vom kommunalen Steueraufkommen bestimmt. Die Landesmaßnahmen sind teilweise Bestandteil von integrierten Programmen im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union, der Gemeinschaftsaufgaben oder ergänzen diese. In fast allen Förderprogrammen werden Zuschüsse und/oder Zinsverbilligungen gewährt oder bestimmte Projekte voll finanziert. In diesen Programmen sollen Agrar-, Regional-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Sozialpolitik in Abhängigkeit von der jeweiligen regionalen Problemlage zusammenwirken und eine wechselseitige Ergänzung erreicht werden. Die Ergebnisse und Wirkungen müssen sich dabei an den Zielen und Inhalten von Regionalpolitik und Politik für den ländlichen Raum messen lassen.

Eine Reform der Gemeinschaftsaufgaben ist längst überfällig, da in den letzten Jahren die Bundesländer die Kofinanzierung nicht mehr in vollem Umfang leisten können. Die PDS schlägt eine Zusammenlegung der Gemeinschaftsaufgaben für verschiedene Fördertatbestände (Mittelmix) und eine langfristige Entwicklung von Regionen in der Fläche vor. Damit soll eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden. Voraussetzung ist, dass Kriterien der Struktur- und Regionalentwicklung angesetzt werden, statt

sich auf unternehmens- oder standortbezogene Maßstäbe zu beschränken.

Gemeindefinanzierung

Die kommunalen Finanzströme werden in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region geprägt. Vor allem die Gewer-



besteuer als originäre Einnahmequelle der Gemeinden spiegelt die örtliche Wirtschaftskraft wieder. Je geringer die örtliche Wirtschafts- und Steuerkraft ist, um so stärker sind die Kommunen auf Landesmittel angewiesen. Wegen ihrer extremen Steuerschwäche einerseits und ihres hohen Investitionsbedarfs andererseits sind die brandenburgischen Gemeinden weit mehr als in den alten Bundesländern von Landesmitteln abhängig. Hieraus resultieren zahlreiche Konflikte, die dadurch verstärkt werden, dass die kreisfreien Städte und Landkreise, Gemeinden in wirtschaftlich prosperierenden Regionen und solche in strukturschwachen Randlagen differenzierte Zuweisungen benötigen.

Den lokalen Gebietskörperschaften wird durch das Grundgesetz im Prinzip das Recht garantiert, alle örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung wahrzunehmen, d.h. darüber

zu entscheiden, ob, wann und wie eine Aufgabe erledigt werden soll. Gleichwohl wird ihr Entscheidungsspielraum dadurch eingeschränkt, dass die Ausgestaltungsbefugnis der Selbstverwaltung beim Land liegt. Bei den **pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben** wie der Trägerschaft von Kindertagesstätten, Grundschulen, Gemeindestraßen, Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung sind die Gemeinden grundsätzlich zum Handeln verpflichtet, doch verbleiben ihnen für das „Wie“ mehr oder weniger große Entscheidungsspielräume. Viel-

fach sind die Gemeinden zu klein, um eigene Infrastruktur bereitzustellen. Darum wird ein Teil der kommunalen Aufgaben von den Kreisen wahrgenommen. Die **freiwilligen** Selbstverwaltungsaufgaben wie Kulturangebot, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Förderung des Tourismus können die Gemeinden im Rahmen ihrer Budgetrestriktionen frei gestalten.

Großes Konfliktpotenzial besteht zwischen den stärkeren und schwächeren Kommunen. Die höheren Steuereinnahmen im wachsenden inneren Verflechtungsraum lassen die finanzschwächeren Gemeinden an der Peripherie nach zusätzlichen Ausgleichsmitteln rufen, um nicht weiter zurückzufallen.

Ein Blick auf den **kommunalen Finanzausgleich** lässt erahnen, wie stark die Wirtschaftskraft in Brandenburg tatsächlich ist und wie „frei“ in den Gemeinden entschieden werden



da hier nur noch ein Viertel der Beschäftigten von 1992 vorhanden sind. In den Bereichen „Bildung und Kultur“ sowie „Gesundheit, Sport und Erholung“ sind nur noch ein Drittel der ehemals Beschäftigten in den brandenburgischen Gemeinden tätig. Noch immer

Grundlage der Entwicklung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht.

Wirtschaft

Seit Jahren fließen Milliarden Mark bzw. Euro in die Wirtschaftsförderung, die Förderung von Infrastruktur, Technologie, Ausbildung sowie in die Agrarentwicklung ländlicher und besonders strukturschwacher Regionen. Dennoch haben sich die Entwicklungsrückstände dieser Gebiete zu Ballungsräumen mit großem Wirtschaftswachstum eklatant vergrößert. Allein für Ostdeutschland benennt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine fiskalische Entwicklungslücke von 80 bis 150 Mrd. Euro. Der sich seit 1990 vollziehende **Aufbau Ost als Nachbau West** und den damit verbundenen Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfers ohne zielführende Entfaltung ostdeutscher endogener Entwicklungspotenziale und dazugehöriger Akteure, mit der kulturell-mentalener Anpassung ohne Stärkung ostdeutschen Selbstbewusstseins und fehlendem Mut, neue Wege zu gehen, offenbart inzwischen seine Entwicklungsblockaden. Öffnet sich die seit Mitte der 90er Jahre bestehende Schere der Entwicklung in den alten und in den neuen Bundesländern

kann. In Brandenburg sind nur 15% aller gemeindlichen Einnahmen Steuern; zum Vergleich: für die westdeutschen Gemeinden errechnen sich 39%. Insgesamt gewährte das Land im Jahr 2001 seinen Kommunen Mittel in Höhe von 3,48 Mrd. Euro, davon 1,79 Mrd. Euro im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Fast ebenso viele Gelder fließen im Rahmen spezieller ressortgebundener Zuweisungen. Die Höhe der Mittelzuweisungen des Landes aus den Fachressorts sowie deren Verwendungszweck wird allein vom Land festgelegt. Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz greift hier nicht. Da 85% der Mittel durch Zuweisungen festgelegt sind, wird dadurch der Autonomiestatus der Gemeinden stark eingeschränkt.

Seit 1995 sind die **Einnahmen** der brandenburgischen Gemeinden ständig gesunken: von durchschnittlich 2162 Euro pro Kopf auf 1442 Euro im Jahr 2000. Die brandenburgischen Kommunen im Speckgürtel profitieren von der Nähe zu Berlin. Deutlich wird dies, wenn man die Gewerbesteuererinnahmen für den äußeren (75 Euro pro Kopf) mit dem inneren Verflechtungsraum (152 Euro) vergleicht, die hier mehr als doppelt so hoch sind.

Bei den **Ausgaben** der Kommunen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den Einnahmen, sie sind im gleichen Zeitraum von 5 Jahren von 2170 Euro auf 1950 Euro pro Kopf gesunken. Am stärksten betroffen ist der Rückgang der kommunalen Ausgaben im Bereich „Soziale Sicherung“, vor allem in der Jugendhilfe,

aber wird in Brandenburg - wie in anderen neuen Ländern auch - das Angebot der Kinderbetreuung vielfach in unmittelbarer Regie der Kommunen und weniger in privatisierter, teilprivatisierter oder in Form von freien Trägern (Kirchen, Wohlfahrtsverbände) wahrgenommen.

Die PDS wird im Interesse der **gleichwertigen Lebensverhältnisse** für jeden Bürger alles daran setzen, dass das Leitbild der dezentralen Konzentration weder aufgegeben noch schleichend unterlaufen wird. Die PDS tritt für regionale Wirtschafts- und Sozialkreisläufe und eine standortbezogene Ökonomie ein und verfolgt das Konzept eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft, in dem im ländlichen Raum der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt auf der



weiter, kann das auch zu negativen Folgen für den sozialen Frieden und die Demokratie im Lande führen.

Auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe wählen die Länder Projekte zur Förderung aus, die zur Hälfte vom Bund finanziert werden, in der Gesamtsumme aber eine stark abnehmende Tendenz aufweisen. Nicht nur die Mittel schwinden, auch ihr Einsatz war häufig fragwürdig. Zum einen floss es weniger in die Infrastruktur, sondern wäre bei genauer Betrachtung als Unternehmenszuschuss zu verbuchen. Wo nicht die tatsächliche Bedürftigkeit, sondern abstrakte politische Interessen entschieden, regierte entweder das „**Gießkannen-Prinzip**“ oder es entspann sich ein Ansiedlungswettlauf zwischen den Ländern um Großprojekte, bei denen Investoren die Steuer-gelder großzügig zur Verfügung gestellt werden. Die Landesregierung hat auf Großprojekte gesetzt, die sich als Millionengräber erwiesen haben, anstatt auf eine stärkere Nutzung regionaler Potenziale umzusteuern. Überdimensionierte Tierkörperbeseitigungs- und Müllverbrennungsanlagen, Klärwerke, Transrapid, **CargoLifter**, Großflughafen, Lausitzring und **Chipfabrik** – Imageprojekte der jeweiligen SPD und CDU Landespolitiker mit Verstrickungsgefahr in dubiose Machenschaften – werden trotz handfester Kritiken, Protesten und Demonstrationen der Bürger auf deren Rücken ausgetragen und Steuer-gelder verschwendet. Selbst die landeseigene Entwicklungsgesellschaft (LEG) blieb nicht verschont und muss liquidiert werden. So ist z.B. die **Lausitzer Rennstrecke** an den Gesamtbaukosten von etwa 150 Mio. Euro mit über 120 Mio. Euro aus öffentlichen Haushaltsmitteln bezuschusst worden. Auch das Milliardenprojekt **Großflughafen** hat bisher den Steuerzahler in Berlin und Brandenburg rd. 500 Mio. Euro gekostet. So drängt sich insgesamt die Frage auf, ob diese staatlichen Fördermittel - abgezockt mit großem Stil oder in Investruinen gesteckt – nicht an anderer Stelle sinnvoller einsetzbar gewesen wären.

Die PDS setzt bei den Potenzialen und Problemen der bisherigen Förderung an: Strukturschwache Regionen bedürfen langfristiger, zweckgebundener Förderung für ihre ganzheitliche



Entwicklung. Das heißt sektorale und regionale Strukturentwicklung durch Entwicklungskonzepte für zukunftsfähige Verkehrsstrukturen und Energieversorgung – also Schwerpunkte Schiene und öffentlicher Personennahverkehr bzw. dezentraler Einsatz regenerativer Energien. Das heißt aber ebenso Erneuerung und Ausbau der so genannten weichen Standort-Faktoren – also der Infrastruktur von Bildung, Ausbildung, Betreuung und Pflege. Das bedeutet auch die konkrete Planung der Sanierung von Umweltlasten und die naturräumliche Entwicklung. Die Förderung konkreter Ansiedlungen oder Erweiterungen von Unternehmen ist und bleibt unverzichtbar, wenn die Investoren nicht über das

nötige Kapital verfügen. Nur sollte sie künftig nicht als verlorener Zuschuss, sondern als Beteiligung, Bürgschaft oder Darlehen der darin erfahrenen öffentlichen Förderbanken und des ERP-Sondervermögens erfolgen.

Bildung

Die PDS setzt sich für ein flächendeckendes, dezentrales Schulangebot und für Eltern beitragsfreie Schulbeförderung ein. Im Bereich **Schule** werden in der Primarstufe durchaus aner kennenswerte Lösungen zum Erhalt von Schulstandorten wie niedrigere Klassenfrequenzen und „Kleine Grundschule“ praktiziert. Jedoch bleiben die ab 2003 zu erwartenden Probleme der bis 2010 um zwei Drittel sinkenden Schülerzahlen im Bereich der weiterführenden Schulen bisher ohne Lösungsangebote. Ein erster Schritt für eine Bildungsreform wäre die wiederholt geforderte und mit konkreten Vorschlägen untersetzte Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schule zur Erhöhung der Qualität des Unterrichts. Voraussetzung ist der Erhalt von möglichst vielen Schulstandorten. Um die Rahmenbedingungen für die Schulen tatsächlich zu verbessern, ist folgendes erforderlich: Keine weiteren Einsparungen, keine Stellenkürzungen und



schrittweise Überwindung des gegliederten Schulsystems durch Einführung eines integrativen Systems, Schaffung einer Schule für alle Kinder unter einem Dach.

In Brandenburg ist die berufliche **Erstausbildung** ermöglicht bzw. politisch zugesichert. Aber Brandenburg unternimmt vergleichsweise zu wenig Anstrengungen an der so genannten zweiten Schwelle, dem Übergang vom Ausbildungsabschluss in eine berufliche **Erstanstellung**. Brandenburger Unternehmen stellen nach einem erfolgreichen Abschluss ihre Auszubildenden deutlich seltener ein als westdeutsche Betriebe. Während die Übernahmequote in den alten Bundesländern seit Mitte der 90er Jahre anstieg, ist sie in Ostdeutschland - so auch in Brandenburg - leider rückläufig. Junge Frauen haben in noch geringerem Maße als junge Männer Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten oder gar die Chance auf eine berufliche Karriere. Typische Ausbildungsberufe für Mädchen, beispielsweise im Dienstleistungsbereich, im Handel oder in den Büroberufen, werden zu wenig angeboten. Auch das Angebot an Ausbildungsplätzen im Agrarbereich hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsplatzsituation für junge Mädchen geführt.

Im Unterschied zur allgemeinen Arbeitsplatzsituation steigt im Agrarbereich und bei den so genannten „grünen“ Berufen die Zahl der Ausbildungsplätze wieder an. Diese Angebote sind nach Aussagen des Deutschen Bauernverbandes noch nicht von allen Jugendlichen erkannt worden. Für die Landwirtschaft wird sich die hohe Nachfrage nach ausgebildeten Fachkräften fortsetzen. Daher scheint aktives konzertiertes Handeln von Landwirten, Verbänden, öffentlicher Hand, Arbeitsämtern und Bildungsträgern geboten, um den sich entwickelnden Problemen in Fragen der Aus- und Weiterbildung entgegenzuwirken.

Daraus lässt sich ableiten, dass die Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage für junge Menschen im ländlichen Raum besonders unbefriedigend ist und als wesentliche Ursache für die Abwanderung anzusehen ist. Da betriebsnahe **Ausbildungsplätze** fehlen, drängen gerade Jugendliche aus den ländlichen Räumen in eine überbe-

triebliche Ausbildung. Während gegenwärtig noch 65 Mio. Euro in die Ausbildung fließen, sind es für die berufliche Erstanstellung nur 4 Mio. Euro. Eine Diskrepanz, die eine weitere Abwanderung und den Zugang von Arbeitskräften aus dem Osten befördern wird. Ziel der Landesregierung soll es aber sein, jungen Menschen statt dessen eine Perspektive in ihrer Heimatregion zu bieten. Deshalb setzt sich die PDS seit Jahren für eine Ausbildungumlage ein, mit dem Ziel, wer ausbildet, soll belohnt werden, wer nicht ausbildet, soll zur Kasse gebeten werden.

Brandenburg hat mit einer Reihe von Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungsinstitutionen (z.B. ZALF Müncheberg, Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke, Technologiezentrum in Hennigsdorf) sowie 21 Technologie - Gründerzentren (TGZ) vor Ort gute Voraussetzungen für Forschungs- und Praxisverbände. Die TGZ und der Bereich Forschungs- und Innovationsförderung mit seinen einzelbetrieblichen Projekten als auch Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturen wird mit Unterstützung aus dem EU-Fonds EFRE gefördert. Eine enge Verzahnung der Forschung mit der Wirtschaft zur Förderung des Wissenstransfers ist auch von der Landesregierung gewünscht, jedoch kommt es vor allem auf integrative und interaktive Ansätze an.

Infrastruktur und Dienstleistungen

Während Telekommunikation, Straßen und Dorfbeleuchtung in Brandenburg ausgebaut werden, verschwinden Geschäfte, Dorfgaststätten und Restaurants, Kulturhäuser, Gemeindebüros, Unternehmensverwaltungen und Dienstleister aus den Dörfern. Buslinien werden reduziert, während die Busstationen und Wartehäuschen renoviert werden. Schon werden Bushäuschen zu Jugendtreffs umfunktioniert. Die Kirche wird mittels Dorferneuerung saniert, aber der Gottesdienst ist eingestellt. In den kleinen Gemeinden und Kommunen mangelt es inzwischen sogar an Basisdiensten wie Lieferung von Lebensmitteln, Bäckereien, Fleischereien, Postämtern, Reparaturwerkstätten für Schuhe und Kleidung, Reinigung und/oder deren Annahmestellen. Darüber hinaus herrscht im ländlichen Raum ärztlicher Notstand. Die Situation der niedergelassenen **Ärzte** in Ostdeutschland ist unter anderem von niedrigeren Honoraren als in den alten Bundesländern, aber von nahezu gleich hohen Kosten geprägt.

Beim Schülerverkehr spielt die Anpassung der gesamten Verkehrsinfrastruktur an die Erfordernisse eine wichtige Rolle. Da notwendige Elemente der Infrastruktur wie Lebens-



mittelgeschäfte, Bank- und Postfilialen, Arztpraxen und Apotheken zusehends schwinden und Arbeitsplätze rar sind, wurden Pendlerfahrten zumindest bis zur nächsten Stadt Normalität. Die Sicherung der Mobilität in den ländlichen Räumen stellt eine Herausforderung dar. So ist aber die Vorhaltung eines ÖPNV-Angebotes (Öffentlicher Personenannahverkehr), dass letztlich nicht angenommen wird, da die Vorteile individueller Mobilität und der Kostenfaktor der Nutzung des privaten Kraftfahrzeuges oft den Vorrang geben, wenig zukunftsfruchtig. Betroffen davon sind Bürgerinnen und Bürger mit eingeschränkter Mobilität, die kein Auto nutzen oder nutzen können, wie zum Beispiel Senioren und Kinder. Trotz des jährlichen Landeszuschusses in Höhe von 110 Mio an die kommunalen Aufgabenträger wird es problematischer, herkömmlichen ÖPNV in diesen Regionen wirtschaftlich zu betreiben, kommt es zur Einstellung von Buslinien. Dass es auch unter den für Brandenburg geltenden Bedingungen möglich ist, in ländlichen Regionen mit dem ÖPNV mobil zu sein, beweisen innovative Ideen des Projektes IMPULS 2005, das derzeit vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg durchgeführt wird. Die Landkreise Uckermark, Barnim und Oberhavel nehmen am Projekt des so genannten "Anrufbusses" in der Erprobungsphase teil. Er bringt den Fahrgast von einem nahe gelegenen Haltepunkt oder von zu Hause zur nächstgelegenen Haltestelle, die regelmäßig durch Bus oder Bahn bedient

wird. Weiterhin ist die Initiierung eines Bürgerbusses geplant, der eigenständig von engagierten BürgerInnen betrieben und finanziert wird und kleinteiligen Verkehr innerhalb eines Ortes oder zwischen Ortschaften gewährleistet.

Die seit der Wende betriebene **Wasser- und Abwasserpolitik** lastet als schwere Hypothek auf dem Land. So tragen die Brandenburger mit den höchsten Abwassergebühren Deutschlands den bei den Zweckverbänden aufgelaufenen Schuldenberg in Höhen von 1,5 Mrd. ab. Besorgniserregend ist der weiterhin intensiv betriebene Ausbau der zentralen Kanalisation im ländlichen Raum. Hier werden mit dem Ziel, die Auslastung der überdimensionierten Klärwerke zu verbessern, sowohl bis zu 50 Mio.

Fördermittel pro Jahr vergeudet als auch die daraus resultierenden weiteren Belastungen auf die privaten Haushalte umgelegt. Es muss eingeschätzt werden, dass sich unter Ausnutzung des so genannten **Anschluss- und Benutzungszwangs** ein von den Zweckverbänden getragenes Interessengeflecht etabliert hat, das bis in die Landesregierung hinein eine Wende in der Abwasserpolitik scheinbar unmöglich macht. Hier sind die Gemeindevertreter und Landtagsabgeordneten gefordert, den Anschluss- und Benutzungszwang gesetzlich aufzuheben. Anders wird es für die Errichtung einer ökologisch und ökonomisch vorteilhaften dezentralen Entsorgungsstruktur im ländlichen Raum keine Chance geben.



Umwelt- und Naturschutz, Tourismus

Brandenburg verfügt über ein deutschlandweit einzigartiges **Großschutzgebietssystem**. Mehr als 40% der Landesfläche sind Schutzgebiete mit unterschiedlichem Status. Fließgewässer und Seen sind ein prägendes Landschaftselement in Brandenburg. Ca. 10.000 Standgewässer und ca. 33.000 km Wasserläufe umfassen ca. 2,3% der Landesfläche. Sie verbinden verschiedene Landschaftselemente und bieten mit ihren unterschiedlichen gewässertypischen Strukturen nicht nur vielfältige Lebensräume für Fauna und Flora sondern sind auch besondere Anziehungspunkte für Freizeit- und Erholungsuchende. Millionen Bürger und Feriengäste – nicht nur aus Berlin – schätzen den hohen Erlebnis- und Erholungswert Brandenburgs und verbringen Freizeit und Urlaub bevorzugt in der freien Landschaft. Im ländlichen Raum bestehen vor allem Chancen beim naturverträglichen Ausbau des sprunghaft ansteigenden Rad- und Wassertourismus. Das betrifft Radwanderwege, Fahrrad- und Bootsausleihstationen sowie Herbergen. Um den gestiegenen Anforderungen der Touristen gerecht zu werden, sollten sich Anbieter dazu entschließen, der Brandenburgischen Regionaldachmarke „natürlich Brandenburg“ und/oder



der Umweltdachmarke "Viabono" beizutreten. Die Unternehmen können damit werben, in der Küche Produkte aus der Region zu verarbeiten, ein Hotel umweltschonend zu führen und eine autofreie Anbindung zu ermöglichen. Nischen, in denen neue Märkte erschlossen werden können, bestehen in der besonderen Qualität von Kinder- und Jugendreisen, beim Urlaub auf dem Bauernhof und in besseren Reisebedingungen für Menschen mit Behinderungen.

Die **Brandenburger Landpartie** hat sich zur publikumsstärksten Landesveranstaltung entwickelt. Jährlich beteiligen sich daran etwa 200 Brandenburger landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe, Direktvermarkter, verschiedene land- und forstwirtschaftliche Einrichtungen, Agrarmuseen sowie ganze Dörfer als Gastgeber für mehr als 200 000 Besucher.

Laut Landesregierung wurde für die Entwicklung des **ländlichen Tourismus** die Schaffung von 15.000 Gästebetten im Zeitraum 1994 -1999 erwartet. Trotz einer Realisierung von nur 20,7 % - also 3102 Betten - konnte 1999 nur eine Auslastung von durchschnittlich 35% (Urlaub auf dem Bauernhof) bzw. 43,6% im ländlichen Tourismus erreicht werden. Dennoch stimmt die Zunahme der Besucherzahl von Jahr zu Jahr optimistisch. So wurden im gewerblichen Bereich ab 9 Betten 1997 ca. 7,4 Mio. Übernachtungen gezählt. Zugleich sind jährlich 50 Mio. Tagesausflüge vor allem aus Berlin zu verzeichnen. Zwar stiegen die Übernachtungen in den letzten Jahren konstant um mehr als 10%, dennoch sank durch Kapazitätsausbau gleichzeitig die Auslastung. Vor dem Hintergrund der bekannten geringen wirtschaftlichen Dynamik im ländlichen Raum, muss festgestellt werden, dass ländlicher Tourismus bislang noch nicht zu einem nennenswerten Wirtschaftsfaktor geworden ist. Vielmehr bedarf es der weiteren Unterstützung zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Der Tourismus bietet insbesondere Frauen eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit. Landurlaub ist verstärkt vor den eigenen Toren zu bewerben. Ein Drittel aller Gäste kommt aus Berlin, ca. ein Sechstel aus Brandenburg. Nach wie

vor gibt es aber in den typischen (Berliner) Reisezentren keine Landurlaubsangebote.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft im Osten hat einen tiefgehenden Transformations- und Neustrukturierungsprozess hinter sich. Über 80 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten verloren ihren Arbeitsplatz und nur wenige fanden einen neuen. Trotz dieser Belastungen entstanden bei dem Strukturwandel Agrarunternehmen, die auch im internationalen Vergleich gute Überlebenschancen haben. Unter dem Zwang, die landwirtschaftliche von der gewerblichen Produktion zu trennen, haben viele LPG- und VEG-Nachfolgebetriebe durch Ausgliederung selbständiger Wirtschaftseinheiten ihre Produktionskapazitäten erhalten und nutzen sie unter den neuen Wirtschaftsbedingungen erfolgreich weiter. Sie verfügen über Potenzen, die wesentlich zur Stabilisierung der ländlichen Räume beitragen.

In der Landwirtschaft konnte sich die **Unternehmensstruktur** weitgehend stabilisieren. Es gibt kaum Insolvenzen. Jedoch vergrößern sich die Betriebe. Die Zahl der Betriebe unter 50 ha ist weiterhin rückläufig, obwohl diese ohnehin nur 4% der Fläche be-

wirtschaften. Die durchschnittliche Flächenausstattung liegt bei 194 ha. Mehr als 50% der Fläche werden von Betrieben mit mehr als 1000 ha bewirtschaftet.

In der Landwirtschaft hat sich der **Arbeitsplätzeabbau** in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Im Jahr 2000 arbeiteten in Brandenburg in der Primärproduktion noch knapp 38 000 Arbeitskräfte (gleich 23 300 Voll-Arbeitskräfte) bzw. 29.048 sozialpflichtige Beschäftigte. Davon arbeiten 11.483 innerhalb derselben Gemeinde und 13.000 im selben Kreis in einer anderen Gemeinde. Insofern sind die Landwirtschaftsbetriebe entscheidend für die Sicherung der Beschäftigung auf dem Lande, zumal sie in manchen Familien mit nur einem in Lohn und Brot stehenden Arbeitnehmer die einzige Einkommensmöglichkeit bieten. Bezogen auf die Gesamtbeschäftigtenzahl in Brandenburg ergeben sich 4,4 % in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und 1,1 % im Ernährungsgewerbe.

Zu den Regionen Brandenburgs mit einem hohen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsgewicht des Agrarsektors gehören - in der Rangfolge der absoluten Beschäftigungszahlen - die Landkreise Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark, Uckermark, Ostprignitz-Ruppin, Elbe-Elster, Teltow-Fläming, Oder-Spree, Dahme-Spreewald und Prignitz. Nur geringe Bedeutung hat der Agrarsektor dagegen in den Oberzentren des Landes sowie in den Landkreisen Barnim,





Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße.

Die **tierische Veredlung** spielt in der Brandenburgischen Landwirtschaft eine zu geringe Bedeutung. Gemessen an den Viehbeständen von 1989 sind im Jahr 2001 nur noch 50% der Rinder, 27,5 % der Schweine, 37,2 % der Schafe und 60 % des Geflügels (1992: 45%) in den Ställen Brandenburgs zu verzeichnen. Die Bestände bei Geflügel und Schweinen erholen sich – wenn auch nur sehr langsam. Dagegen stagnieren bzw. nehmen tendenziell weiterhin ab die Bestände bei Rindern, inkl. Milchkühe. Dies ist nicht den Krisen von BSE und MKS des Jahres 2000 geschuldet, sondern eher dem politischen Umstand der sinkenden Förderung und Abfederung des Milchpreisverfalls und des enormen Preisdrucks der verarbeitenden Industrie und des Einzelhandels.

Mit einem **Viehbesatz** von weniger als 0,5 GVE/ha LF (Großvieheinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche) liegt Brandenburg wie alle neuen Bundesländer fast am Ende und damit weit unter dem ökologisch sinnvollen und tragfähigen Niveau einer ökologischen Kreislauf- und Düngemittelwirtschaft in Höhe von 1,8 bis 2 GVE/ha LF. Im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung wird zwar die Erhöhung der Viehbestände zu Lasten der Regionen mit zu hoher Viehdichte betont, auf welche Weise das geschehen soll, bleibt jedoch unberücksichtigt. Somit wird für Bran-

denburg wie für alle ostdeutschen Bundesländer die nach wie vor vorhandene Benachteiligung der Tierproduktion zwar anerkannt, aber konkrete Abhilfe weder über Bund noch Bundesrat initiiert.

Brandenburg nimmt einen Spitzenplatz im **ökologischen Landbau** Deutschlands ein. Während der Ökflächenanteil von durchschnittlich 4% deutschlandweit und 3% EU-weit liegt, werden in Brandenburg 7,8% (2001) der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. An der gesamten Ökofläche Deutschlands nimmt Brandenburg inzwischen 16,5% ein und wird damit Bayern mit 16,8% bald den Rang ablaufen. Die Ökobetriebe tragen dazu bei, dass Arbeitsplätze in den Problemregionen des Landes neu geschaffen oder erhalten werden.

Nur starke **Erzeugergemeinschaften**, die Produkte im Verbund und in einer größeren Charge anbieten, insbesondere diejenigen Kooperativen, die eine Verarbeitung und Vermarktung mit einschließen (bei Käseereien/Molkereien z.B.) können die Landwirtschaft vor den Einflüssen der globalen Ernährungswirtschaft schützen. Die Zuliefer-, Abnehmer- und Innovationsnetzwerke der westdeutschen Agrarwirtschaft wurden zwar erfolgreich – weil weitgehend durch ihre Größenordnungen und Qualitäten der Agrarbetriebe kompatibel – auf den Osten ausgedehnt, aber vorwiegend wurden die neuen Bundesländer als

Rohstoffquelle und für den Absatz von Fertigprodukten genutzt. Neuinvestitionen in die Veredlung und Verarbeitung in der Region – mit Ausnahme einiger gewerblicher Umsiedler aus (West-)Berlin in den kostengünstigeren Speckgürtel – blieben eher die Ausnahme.

Wichtiges Ziel der Politik der PDS für den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit besteht darin, die Nachhaltigkeit und Multifunktionalität des europäischen Landwirtschaftsmodells in allen Regionen zu gewährleisten und dieses mit Leben auszufüllen. Hierzu ist ein mehrgleisiger Ansatz erforderlich, der sowohl die Entwicklung eines multifunktionalen Agrarsektors fördert als auch auf den umfassenden sozialen und räumlichen Kontext, in dem sich der Agrarsektor bewegt, einwirkt. Dabei kommen dem Erhalt, der Stärkung und vollen juristischen Anerkennung der landwirtschaftlichen **Genossenschaften**, da sie nicht auf privateigentumsrechtlichen sondern gemeinschaftlichen Grundlagen basieren, aufgrund ihrer sozialen Kompetenzen und Verantwortung in der Region sowie ihrem Engagement in der Fachkraft- und Lehrlingsausbildung eine besondere Bedeutung zu.

Nachwachsende Rohstoffe

Eine Herausforderung für das Land zur Etablierung zukunftsfähiger Strategien ist eine verstärkte Ausrichtung auf Alternativen zur herkömmlichen landwirtschaftlichen Produktion. Gerade für die leichten Standorte in Brandenburg bietet sich im Anbau von nachwachsenden Rohstoffen eine neue Einkommensquelle an. Insbesondere die Förderung von erneuerbaren Energien (Rapsdiesel, Holzhackschnitzel, Ethanolgewinnung etc.) gewinnt nicht nur aus ökologischen Gründen an Bedeutung. Für den Ausbau der Energieerzeugung aus Biomasse, Windkraft und Fotovoltaik werden neue Arbeitsplätze entstehen. Landwirte können so ihr Tätigkeitsfeld erweitern und Einnahmen si-

chern. Bis zum Jahr 2010 sollten 5 % der Energie in Brandenburg aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt werden.

In Brandenburg kann sich unter den nachwachsenden Rohstoffen insbesondere der Raps zu einer Energiepflanze von besonderer Bedeutung entwickeln. Während in anderen Regionen Deutschlands der Rapsanbau stagniert oder zurückgeht, hat die Anbaufläche von Winterraps in Brandenburg um 8,1 % zugenommen. Die Ausdehnung in Brandenburg ist auf eine vermehrte Umstellung von Winterroggen auf Winterraps zurückzuführen.



Forstwirtschaft

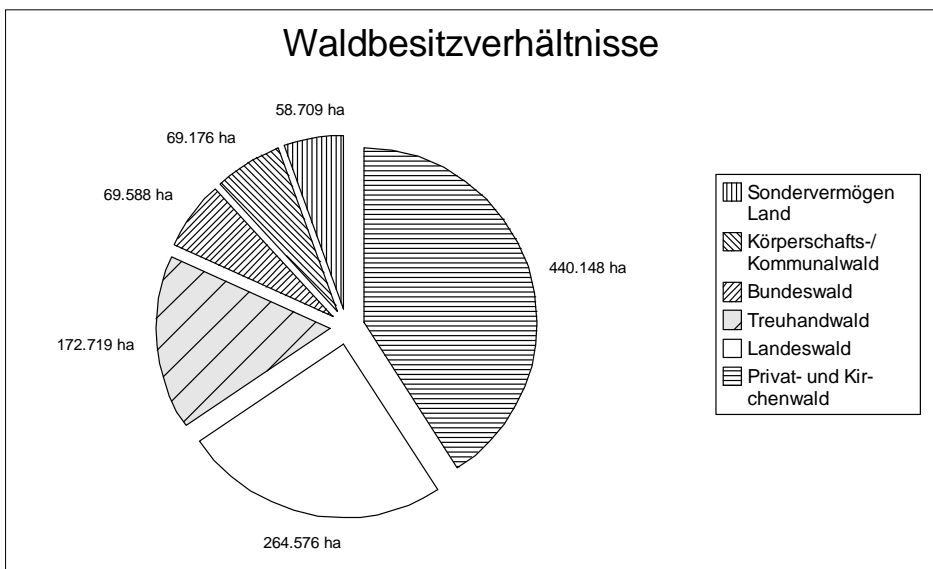
Der Bewaldungsanteil in Brandenburg beträgt 37%. Seit 1992 sind ca. 3.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche aufgeforstet worden. Brandenburgs Wald ist durch einen hohen Anteil Privatwaldbesitz von 45 % (1997: 35%) gekennzeichnet, wovon der überwiegende Teil in kleinen und Kleinstflächen vieler Besitzer zersplittert ist. Ein Waldbesitzer verfügt im Durchschnitt nur über 5 ha bzw. 86 % aller Privatbesitzer liegen im Größenbereich bis zu 5 ha und teilen sich einen Anteil von 28,4 % des Privatwaldes. Sie haben sich teilweise in relativ kleinen Forstbetriebsgemeinschaften (FBG) organisiert. Konstant geblieben ist der Landeswald mit

einem Anteil von 25%, während aufgrund der fortschreitenden Privatisierungen der Treuhandwald von 21% (1997) auf 12% (2001) gesunken ist. Die verbleibende Fläche bilden 6% Bundes- und 7% Körperschaftswald.

Die Landesregierung beschäftigt sich seit 1997 mit einer langwierigen **Forstreform**, die neben der Polizeireform und Gemeindegebietsreform eine ihrer drei großen Reformprojekte ist. Die Forstreform stellt im Wesentlichen ein Stellenabbauprojekt der Landesregierung dar. Die Zahl der Beschäftigten wurde seit 1990 um 78 % - von ca. 15.000 auf jetzt rund 3.000 Beschäftigte - reduziert. Die jetzt in der Umsetzung befindliche Reform wird nochmals eine Reduzie-

rung um rd. ein Drittel zur Folge haben, so dass in der Endphase der Forstreform ein Bestand von nur noch 15 % der ursprünglich in der Forstwirtschaft Beschäftigten zu erwarten sein wird. Knapp 1 000 zur Zeit noch Beschäftigte werden im Zeitraum bis 2005 vom Arbeitsplatzabbau direkt betroffen sein. Der Anteil der Waldarbeiter am Stellenabbau ist überproportional hoch.

Die festgelegten Reduzierungen der Verwaltungsstruktur bei den Forstämtern von 18 auf 10, bei den Oberförstereien von 111 auf 72 und den Forstrevieren von 656 auf 504 sind eine „politische“ Entscheidung und fachlich nicht begründet. Der Reform mangelt es an einer aufgabenkritischen Herangehensweise. So bleibt insbesondere die Betreuung des Privatwaldes weiterhin ungeklärt. Nach Aussage des Waldbesitzerverbandes wird die Lage für die Klein- und Kleinstwaldbesitzer dramatisch eingeschätzt: „Wenn die Landesforstverwaltung heute feststellen muss, dass fast die Hälfte aller Waldbesitzer, denen weniger als 200 Hektar gehören, ihre Flächen nicht bewirtschaften, dass fast ein Drittel der Revierleiter kaum Kontakt zu den Waldbesitzern ihres Revieres hat und dass in zwei Dritteln der Reviere weniger als 25% der Waldbesitzer Mitglied einer FBG sind, so zeigen diese Ergebnisse wie in der Vergangenheit erhebliche Defizite bei der Privatwaldberatung und -betreuung zugelassen wurden.“



Quelle: Jagdbericht des Landes Brandenburg 2000/2001

Ein durch die Fraktion der PDS im Landtag vor über drei Jahren gefordertes **Kleinprivatwaldkonzept** liegt immer noch nicht vor. Im kleinen Privatwald ist die Situation nach wie vor unbefriedigend. Es wird inzwischen weniger als die Hälfte des nachhaltig nutzbaren Holzes entnommen – Tendenz fallend. Erschwerend wirkt die teilweise drastische Verteuerung der Betreuungsleistungen durch Forstbedienstete obwohl nachteilige Strukturen überwunden werden sollen. Notwendig sind hier politische Rahmensetzungen zur Stärkung des Eigentümerbewusstseins. Letztendlich geht es darum, die im Privatwald derzeit ungenutzt verbleibenden mehr als 800 000 Festmeter, die einen Holzerlös von ca. 21 Mio. Euro repräsentieren würden, zu mobilisieren. Die Zahl von 200 Arbeitsplätzen, welche im Holzeinschlag allein durch die nicht vorhandene Nutzung im Privatwald verloren gehen, ist alarmierend.

Der **Waldumbau** als Generationenprogramm zur Entwicklung eines naturnahen stabilen Waldaufbaus ist bereits auf rund einem Drittel der Fläche in Angriff genommen worden. Die Kosten sollen zukünftig durch veränderte Verjüngungsverfahren (Naturverjüngung) und die Reduzierung der Wilddichten zugunsten des Zaunbaus verringert werden, um die geringer werdenden Fördermittel ausgleichen zu können.

denburg von rund 16.000 Jägern ausgeübt. Die Jagd ist dabei nicht als Form der Freizeitgestaltung begüterter Mitbürger und damit verbundenem Statussymbol zu betrachten. Vielmehr ist sie sozialer, wirtschaftlicher und umweltregulierender Bestandteil des Lebens im ländlichen Raum. Pachtpreise, Kosten für Begehungsscheine, Wildbreterlöse, Aufwendungen zur Durchführung der Jagd, Gebühren und Abgaben und mögliche Wildschadensforderungen sowie Besitzstrukturen an Grund und Boden sind Einflussfaktoren, die die Jagdorganisation bestimmen. Mit der weiteren Zunahme der Wildbestände gerät dieses „Gleichgewicht“ zunehmend in Gefahr. Es ist daher erforderlich, seitens der Behörden auf die Regulierung der Wilddichten verstärkt Einfluss zu nehmen.

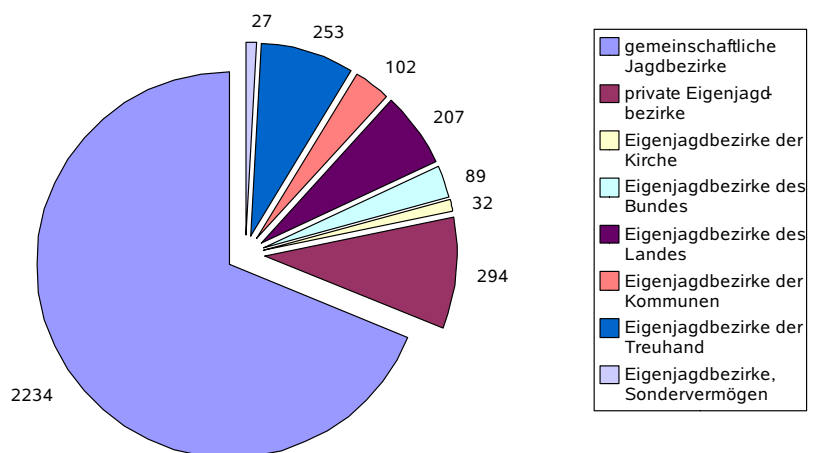
Die Erhebung der **Jagdsteuer** bewirkt das nicht. Diese dient einzig der Verbesserung der finanziellen Situation der Landkreise, steht aber nicht in einem zweckdienlichen Zusammenhang mit der Durchführung der ordnungsgemäßen Jagd. Die Erhebung einer Jagdsteuer ist nicht gerechtfertigt und soll abgeschafft werden. Ein PDS-Antrag zur Veränderung der Situation im Jahre 2003 wurde durch die SPD-CDU-Koalition abgelehnt. Unverständlich, da mit dem Antrag die Einnahmeverluste für die Kreise über die zweckgebundene Vor-Ort-Verwendung der Jagdbeute durch die untere Jagdbehörde kompensiert werden sollte.

Die im September 2003 auf Betreiben der Koalition auf 75 Hektar verringerte Eigenjagdbezirksgröße gefährdet die Stabilität der Jagdgenossenschaften. Dadurch werden zukünftig ortsansässige Jagdpächter durch zahlungskräftige Eigenjagdinhaber verdrängt. Der soziale Frieden wird gestört. Eine Verbesserung der jagdlichen Rahmenbedingungen ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil, mit der Gesetzesnovelle zum Landesjagdgesetz wurde eine Chance vertan, wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung der Wilddichten zu ergreifen.

Jagd

Brandenburg gehört zu den wildreichsten Bundesländern. Aufgrund der teilweise weit überhöhten Bestände steigen auch die dadurch verursachten landwirtschaftlichen Verluste und Schäden. Die Bestandsentwicklung der Schalenwildarten hat sich, bezogen auf den Stand von 1972, in der Regel vervielfacht. Der Abschuss konnte zwar bei allen Wildarten gesteigert werden, erreicht aber ein ökologisch vertretbares Maß nicht. Es bestehen im Ausbau der Jagdangebote, auch in Verbindung mit touristischen Projekten, höhere Bejagungs- und Vermarktungspotenziale - auch im Landeswald. Die Jagd wird in Bran-

Anzahl der Jagdbezirke



Quelle: Jagdbericht des Landes Brandenburg 2000/2001

Leitlinien für den ländlichen Raum Brandenburg

■ Die Politik für den ländlichen Raum ist auf Chancengleichheit der ländlichen Räume zu richten. Dafür ist eine integrierte ländliche Entwicklungspolitik erforderlich, in die neben der Agrarpolitik gleichermaßen die Regional-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik einbezogen sind. Diese ganzheitliche Politik muss sich besonders auf die Stärkung der ländlichen Wirtschaftskraft, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Dörfern, Klein- und Mittelstädten und die Überwindung nicht gerechtfertigter Unterschiede zwischen den Regionen zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen von Stadt und Land konzentrieren. Ein besonderer Schwerpunkt der integrierten ländlichen Entwicklungspolitik ist die Entwicklung und Förderung der "strukturschwachen ländlichen Räume mit erheblichen Entwicklungsproblemen", darunter dem äußeren Verflechtungsraum und den Grenzregionen als überwiegendem Teil strukturschwacher Räume in Brandenburg.

■ Die Politik für den ländlichen Raum muss auch zukünftig am Leitbild der dezentralen Konzentration und damit an den vorrangigen Förderzielen der strukturschwachen Randregionen Brandenburgs orientieren. Allein auf das Wachstumsprinzip zu setzen und einseitig finanzielle Mittel für technische und soziale Infrastruktur auf Städte und Ballungsgebiete im engeren Verflechtungsraum zu konzentrieren hieße, Abstand zu nehmen von dem verfassungsrechtlichen Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger. Es geht darum, den Rückgang von Infrastruktur im ländlichen Raum aufzuhalten und Entwicklung in dem Maße zu fördern, wie es den Erfordernissen einer multisektoralen ländlichen Wirtschaft, dem Erhalt lebensfähiger Dörfer, den strukturellen Besonderheiten des ländlichen Raumes und den Erfordernissen der Überbrückung

räumlicher Distanzen zur Erreichbarkeit von Existenzbedingungen entspricht. Zur Verbesserung der regionalen Lebensqualität ist neben den Schlüsselindikatoren hinsichtlich Beschäftigung, Wirtschaftskraft und –struktur sowie Pro-Kopf-Einkommen auch die sozialpolitische Förderbedürftigkeit entschlossener in den Vordergrund zu stellen.

■ Zentrales Anliegen der Politik für den ländlichen Raum ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels. Ziel muss die Schaffung zusätzlicher, vornehmlich dauerhafter Arbeits- und Ausbildungsplätze sein. Dies kann im Sinne der integrierten ländlichen Entwicklungspolitik nur durch die Entwicklung der rahmenpolitischen Voraussetzungen, der wirtschaftlichen Potenziale bei Klein- und mittelständischen Unternehmen, in Industrie, Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus und Dienstleistungssektor sowie der Anpassung der arbeitsmarktpolitischen Initiativen auf die Belange der besonders betroffenen Regionen geschehen. Dazu gehört die Entwicklung einer eigenständigen lokalen Ökonomie mit überschaubaren Wirtschafts- und Stoffkreisläufen auf der Basis von kleinen und mittleren Unternehmen privater wie gemeinschaftlicher Form, einschließlich der Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Insbesondere die Erhöhung des Anteils von Erwerbsfähigen bei den Langzeitarbeitslosen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte ist vordringliche Aufgabe. Angesichts des Lehrstellenmangels ist eine Ausbildungsplatzabgabe für die Betriebe, die ausbilden könnten und es nicht tun, aktuell. Brandenburg benötigt dringend ein Konzept, wie der Abwanderung insbesondere junger Menschen und dem weiteren gravierenden Bevölkerungsschwund entgegenwirkt werden kann.

■ Die Agrarwirtschaft in Brandenburg mit Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Binnenfischerei und Ernährungsgewerbe ist das Rückgrat ländlicher Räume. Es gilt ihre Potenzen zu entwickeln und Benachteiligungen einzelner Unternehmensformen, Produktionsstandorte oder landwirtschaftlicher Erzeugnisse auszuschließen. Die PDS unterstützt den Anspruch der flächen-

deckenden Landbewirtschaftung. In weitaus stärkerem Maße müssen jedoch nicht landwirtschaftliche Perspektiven für Wertschöpfung und Beschäftigung entwickelt und gestaltet werden. Dem Schutz der Umwelt, der Nutzung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien kommt dabei künftig eine besondere Rolle zu. Die Entscheidung über das anzustrebende sozial- und umweltverträgliche System der Agrarförderung, stellt eine Kernfrage der Agrarpolitik dar. Die Agrarförderung ist auf die Entwicklung der multifunktionalen Landwirtschaft und der ländlichen Räume auszurichten. Kriterien sollen die Bewirtschaftungsintensität, die finanzielle Anerkennung der Natur-, Umweltschutz- und Landschaftspflegeleistungen der Landwirtschaft, die Begrenzung negativer Liberalisierungsfolgen auf ertragsschwachen und marktfernen Standorten, der Grad der Selbstversorgung und der Regionalisierung der Produktion sowie die Absatzmöglichkeiten sein. In diesem Zusammenhang sind aufgrund der klimatischen Verhältnisse in Brandenburg (Dürre, Überschwemmung) die Vorschläge zur Einkommensabsicherung bei gravierenden Ertragsausfällen in der Landwirtschaft auf der Basis einer durch EU, Bund, Land und Landwirten getragenen Mehrgewährungsabsicherung politisch zu unterstützen.

■ Bedeutsam für Brandenburg und seine ländlichen Räume sind die Wälder. Mit einem Waldanteil von einem Drittel der Landesfläche ist die Forstwirtschaft der größte Flächennutzer nach der Landwirtschaft. Damit ist die Holzgewinnung und –verarbeitung ein traditionell wichtiges wirtschaftliches Standbein im ländlichen Raum. In der Forstpolitik sind weiterhin der Erhalt und der Ausbau der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Wälder zu gewährleisten. Um die gegenwärtig ungenutzten Potentiale für Wertschöpfung und Beschäftigung zu erschließen ist eine alle Besitzarten umfassende Forstwirtschaftskonzeption erforderlich. Für die Sicherung einer nachhaltigen und großflächigen einheitlichen Kleinprivatwaldbewirtschaftung und im Interesse der über 100.000 Eigentümer sind forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse unabdingbar. Die PDS Brandenburg

besteht weiterhin auf ein Verkaufsmatorium des Preußenwaldes und die Verankerung der Unveräußerlichkeit des Landeswaldes in der Landesverfassung.

■ Aufgrund seiner geografischen Lage im Zentrum Europas und seiner natürlichen Gegebenheiten hat Brandenburg die Chance, künftig eine wichtige Rolle im Tourismus zu spielen. Durch die aktive Verbindung von Ökologie und Tourismus entstehen neue Berufsbilder (z.B. Naturwacht), die sowohl bisherige Arbeitsplätze sichern, als auch neue schaffen werden. Das bundesweit einzigartige Großschutzgebietssystem gilt es zu bewahren und die Großschutzgebiete zu Modellregionen einer harmonischen, nachhaltigen Entwicklung von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Tourismus einschließlich der Vermarktungsstrukturen weiterzuentwickeln.

■ Um die politischen Zielstellungen für den ländlichen Raum mit den Ansprüchen an Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, Basisdemokratie, regionalen Kreislaufprozessen, Vernetzung und Beschäftigung zu verknüpfen muss der Agenda-21-Prozess forciert werden.

■ Infolge der Verringerung der EU-Strukturfonds und eines erhöhten Anpassungsdrucks durch die EU-Osterweiterung sind frühzeitig konzeptionelle Vorstellungen zur ab 2007 erforderlichen Neuabgrenzung der Fördergebiete für die Regionalförderung und die EU-Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung der strukturschwachen ländlichen Räume zu entwickeln. Bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind mit Blick auf die Regionalförderung bis Ende 2003 die politischen Weichen zu stellen. Die bisherigen Aufgabenstellungen zur Entwicklung ländlicher Räume aus den Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW sollen so gebündelt werden, dass sie auf die umfassende Strukturentwicklung zielen. Dadurch können die regionale Wirtschaftsstrukturförderung und die strukturelle Förderung der Landwirtschaft der bisherigen Gemeinschaftsaufgaben, mit ihrer Zwitterstellung

zwischen Krisenmanagement und Zukunftsgestaltung deutlich zugunsten der letzteren umgestaltet werden.

■ Politik für den ländlichen Raum muss den Grenzregionen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Beitritt ist als Komplex von politischen, ökonomischen, finanziellen und sozialen Aufgaben vorzubereiten und zu begleiten. Dies betrifft die finanzielle Absicherung eines wirklichen Aktionsprogramms ebenso wie die Unterstützung der Arbeit durch die vor Ort ansässigen Behörden, Unternehmen und sozialen Träger an einem solchen Programm und seiner Umsetzung. Die Lage zu Polen muss mit Berlin zur Gestaltung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes, insbesondere zum Schutz der Rechte der Beschäftigten dies- und jenseits der Grenze und zum Nutzen aller beteiligten Partner genutzt werden.

■ In die Diskussion über die Zukunft des ländlichen Raumes ist auch die Rolle des Bundes, der Länder und der Kommunen einzubeziehen. Notwendig ist Bürokratie abzubauen, Aufgaben zu dezentralisieren und zu demokratisieren. Gesamtgesellschaftlicher Konsens ist über eine Standortverteilung der Produktion und eine Grenzlandförderung herzustellen. Für hochverschuldete Gemeinden muss über eine wirksame Form der Entschuldung nachgedacht werden, damit sie den erforderlichen Gestaltungsspielraum wiedererlangen und ihre Aufgabe zur Daseinsvorsorge erfüllen können.

■ Politik für den ländlichen Raum muss auf die Sicherung stabiler Lebensverhältnisse durch eine soziale Grundversorgung und Infrastruktur (Bildung, Gesundheitsversorgung, ÖPNV etc.) gerichtet sein, die den Zugang für alle Bürger ermöglicht. Ländliche Räume sind in zunehmendem Maße mit der Schwierigkeit konfrontiert, Aufgaben der Daseinsvorsorge im erforderlichen Umfang erfüllen zu können. Lücken und Defizite etwa bei der medizinischen Versorgung oder im Bildungsbereich können in den betroffenen Regionen kurzfristig nicht aus eigener Kraft geschlossen bzw. beseitigt werden. Es bedarf deshalb

auch einer Förderung im Sinne einer Umverteilung von Ressourcen.

■ Die PDS setzt sich für ein flächendeckendes dezentrales Schulangebot ein. Während im Bildungsbereich für die Primarstufe durchaus anerkanntswerte Lösungen zum Erhalt von Schulstandorten mit der Kleinen Grundschule praktiziert werden, bleiben die Probleme im Bereich der weiterführenden Schulen bisher ohne Lösungsangebote. Notwendig sind Ganztagschulen im ländlichen Raum und Modellversuche zu einzügigen weiterführenden Schulen. Eng verbunden mit dem Schulangebot ist die Schülerbeförderung und der ÖPNV. Vor allem im strukturschwachen ländlichen Raum sind Angebote des ÖPNV fast ausschließlich an den Schülerverkehr gebunden. In Zeiten knapper Kassen nimmt diese Tendenz eher zu. Die Politik der Landesregierung, sich aus ÖPNV und Schülerbeförderung zurück zu ziehen, konterkariert die Erreichbarkeit und Anbindung besonders der strukturschwachen ländlichen Räume an die Zentren. Die Finanzierung der Elternbeiträge ist abzulehnen. Elternselbsthilfe statt der geforderten Elternbeiträge wird zur Einstellung von Routen führen.

■ Die gesundheitliche und medizinische Versorgung besonders im strukturschwachen ländlichen Raum ist oftmals nicht mehr gegeben. Schlechtere Einkommensperspektiven, Defizite in der Infrastruktur, damit verbundene größere Arbeitsbelastungen und ein höheres Risiko einer Praxisübernahme sind nur einige Ursachen. Die Gesundheitsreform mit Leistungskürzungen und höheren Eigenbeteiligungen gibt darauf keine Antwort. Im Gegenteil. Notwendig ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen auch, um z.B. die Attraktivität der Arbeit als "Landarzt" zu erhöhen. Als einen Beitrag zur Behebung des Ärztemangels im ambulanten Bereich hat die PDS vorgeschlagen, den Gesundheitszentren die Übernahme von Einzelpraxen als Außenstellen zu ermöglichen, um diese auch mit einem angestellten Arzt besetzen zu können.

Wege übers Land oder
wenn der Schulbus ausfällt:

DAS SCHAFFEN WIR LOCKER—
ZUR LETZTEN STUNDE!



PRUESTEL